

O ISRAEL, DU HAST DAS SCHWERT GESCHLIFFEN...

Bemerkungen zur "Nahost-Politik" der ehemaligen sozialistischen Länder
von Dr. Nachum Orland

"Zahal - wie die Armee im Lande genannt wird - das sind die scharfkralligen Tatzen des israelischen Monopolkapitals von heute. Zwar gehört dieses in der Welt der Monopolkapitalisten nicht zu den Großkatzen, aber auch die kleineren Räuber, die immer hungrigen und gefräßigen, denen vor Kraft das eigene Fell zu eng erscheint, haben ihre rosigen Träume". Diese Armee steht im Dienst von Politikern ganz spezifischer Art und von kaum vorstellbarer Demagogie, und diese Gruppe "wird auch weiter alles tun, zu jedem Trick greifen, um so lange wie nur irgend möglich daraus ihren Vorteil zu schlagen".

Bei dieser Aussage handelt es sich nicht um eine Meinung, die unbedacht in einer momentanen Erregung geäußert wurde. Hier manifestiert sich die Zusammenfassung einer grundsätzlichen Haltung. Dieses Zitat ist einem Buch von Arne Jörgensen entnommen - "Israel intern - Ereignisse, Tatsachen, Zusammenhänge", das im Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, im letzten Jahr ihrer Existenz, 1989, erschien. Man kann weder diese Aussage noch den gesamten Inhalt des Buches relativieren. Darin spiegelt sich nicht die Haltung einzelner Menschen, ebensowenig ist dies Ausdruck einer freien Meinungsäußerung. Sie hat es in der DDR bis 1989 nicht gegeben. Jedes Buch - zumal eines über Israel, das zudem noch im Militärverlag erschien, wurde einer strengen Prüfung unterzogen, ehe es zur Veröffentlichung freigegeben wurde. Und dieses Manuskript fand die Zustimmung der Machthaber. Die DDR war sich selbst - wenn auch in negativem Sinne - bis zum Schluß treugeblieben. Aggressiv, zynisch, höhnisch und antiisraelisch- bis zum Ende.

Der Staat Israel, der im April 1948 von Ben Gurion proklamiert wurde, entstand nicht aus heiterem Himmel. Die erste moderne Einwanderung in das Land setzte schon 1882 ein, seit Ende des 19. Jahrhunderts existierte die Zionistische Bewegung als die Nationalbewegung eines Volkes, das es trotz aller Versuche, seine Existenz zu verleugnen, als Volk doch gab. Die Kommunisten waren - als sie sich noch in der Opposition befanden und erst recht nach 1917 - diejenigen gewesen, die vehement gegen den Zionismus kämpften und ihn ablehnten. So wurde die Zionistische Bewegung auch sofort nach der Revolution in Rußland verboten. Es folgten die Jahrzehnte der Diffamierungen und Verfolgungen. Diese Linie, die von Stalin vorgezeichnet wurde, vertrat auch willig und aus innerer Überzeugung die KPD. Aber im Jahre 1948 - und wir werden sehen, daß dies auch 1988/89 in der DDR der Fall war -, als es den Machhabern in Moskau opportun erschien, den Zionismus zu instrumentalisieren, zögerten sie nicht. Obwohl Stalin und die Kommunisten keinerlei Sympathien für das Anliegen des Zionismus hegten, förderten sie aus globalen Überlegungen heraus die Entstehung des Staates Israel. Dies hing mit der Hoffnung zusammen, den britischen Einfluß im Nahen Osten zu eliminieren und durch den Konflikt außenpolitischen Einfluß zu gewinnen. Die Tschechoslowakei, die seit Februar 1948 kommunistisch war, stellte sogar eine Brigade Freiwilliger auf, die übrigens aus Nichtjuden bestand, um den bedrängten Juden zu helfen.

Zu ihrem Einsatz kam es nicht. Zwar haben die arabischen Länder, gleich nachdem Ben Gurion den Staat proklamiert hatte, ihm den Krieg erklärt, aber in harten Kämpfen wurden sie gestoppt. Im Januar 1949 fanden die ersten freien Wahlen zum Parlament statt. Die Bürger Israels haben sich für die Demokratie entschieden, für Parlamentarismus und Pressefreiheit. Die Kommunistische Partei erzielte nur 6 von 120 Abgeordnetensitzen im israelischen Knesset, auch die andere linke Partei - Mapam - war nicht sehr erfolgreich.

Sowohl für die BRD als auch für die DDR, die sich zudem erst fast ein Jahr später als Staat konstituierte, war die Gründung Israels nicht von großer Bedeutung. Daß diese beiden Staaten binnen relativ kurzer Zeit eine solche Bedeutung erringen und sogar "Nahost-Politik" betreiben würden, war damals nicht voraussehbar. Allerdings war es klar, daß Israel für diese beiden Staaten kein Land wie jedes andere ist und daß die Verantwortung, die aus der Vergangenheit resultiert, nicht ignoriert werden kann. Es mußte zu einer Beziehung besonderer Art kommen.

Wie haben sich die beiden Staaten dieser moralischen und politischen Herausforderung gestellt? Die BRD hat ihre moralische Verantwortung erkannt. Dabei hätte sich Bonn - das hob Goldmann, der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses, oft hervor - mit scheinbar berechtigten, völkerrechtlichen Argumenten vorbeimogeln können. Israel als Staat existierte während der NS-Zeit nicht, noch war Palästina - weil Rommel in El Alamein gestoppt wurde - von den Nazis erobert. Adenauer und Schumacher - in dieser Hinsicht hat es eine enge Kooperation zwischen CDU und SPD gegeben

- haben Israel als Vertreter des jüdischen Volkes anerkannt und waren sich bewußt, daß dieser Staat, der die Integration der Einwanderer sowohl aus den Displaced Lagern als auch aus dem Orient zu bewältigen hatte, Hilfe benötigt. Im Januar 1952 wurden die Wiedergutmachungsverträge vereinbart.

Die Folgen für die Deutschen im Westen waren nicht nur wirtschaftlicher Natur. Die Deutschen als Volk hatten im Nahen Osten keine koloniale Vergangenheit. Die Araber hatten eine Rechnung mit den Briten und Franzosen zu begleichen, und sie lehnten die Rückkehr der Juden ab. Innerhalb der arabischen Völker gab es latente "pro deutsche Gefühle", die nicht auf die BRD oder DDR als Staaten primär bezogen waren. Es gab eine "pro deutsche Gesinnung", weil dieses Volk erst ein paar Jahre zuvor gegen die Briten und Franzosen gekämpft hatte und vor allem, weil die Nazis die Juden Europas fast vollständig vernichtet hatten. Jeder erschlagene, vergaste Jude war für die Araber ein zionistischer Einwanderer weniger. Zu Nuancierungen zwischen "Juden" und "Zionisten" waren die Araber damals nicht geneigt, und sie spürten intuitiv - was an sich richtig ist -, daß im Grunde keine so gravierenden Unterschiede zwischen beiden bestehen.

Bonn damals und Deutschland heute haben, wie jede große Industrie-, Handels- und Kulturnation, auch berechnete Anliegen in der arabischen Welt. Ich gehöre zu denjenigen, die keinen Widerspruch zwischen deutschem Engagement in der arabischen Welt und den Beziehungen mit Israel sehen, dies zumindest solange, wie die Deutschen sich die Auffassung zu eigen machen, daß nur derjenige, der kein Feind der Juden ist, auch ihr Freund sein kann. Bonn hatte dies begriffen und nahm durch die Unterstützung Israels auch die Gefährdung der Freundschaft mit den Arabern in Kauf.

Anders verhielt sich die DDR. Aber zunächst soll der Blick auf die Vorgänge in Rußland gelenkt werden. Durch die Gründung Israels sah sich Rußland in seinen Hoffnungen enttäuscht. Dieser Staat war im Inneren demokratisch. Die unterdrückten Juden in der Sowjetunion schöpften schon aus der bloßen Existenz Israels Kraft und Zuversicht. Sie wurden zunehmend nationalbewußter. Stalin begann schon 1949 mit einer antizionistischen Kampagne, die nicht frei von rassistischen Untertönen war. Die Ära von 1949 bis zu seinem Tod 1953 gehört zu den schlimmsten für die Juden dieses Landes. Es kam zur Liquidierung der Reste der jüdischen Kultur, 1952 zur Ermordung jüdischer Schriftsteller, und im Januar 1953 wurden jüdische Ärzte - "Mörder in weißen Kitteln" - beschuldigt, versucht zu haben, nicht nur Stalin, sondern die ganze sowjetische Führung im Auftrag des Zionismus und Amerikas zu vergiften, was nur dank der Wachsamkeit des Sicherheitsdienstes vereitelt werden konnte. In Rußland entstand eine Hysterie, die beinahe zu Pogromen führte. Erst nach dem Tode Stalins entspannte sich die Lage ein wenig. All dies hatte seine Auswirkungen auf andere osteuropäische Staaten, vor allem auf die Tschechoslowakei und die DDR.

Die Kommunisten haben im Februar 1948 in der Tschechoslowakei die Macht übernommen, in einem Land, das weitgehend von einer Zerstörung im Krieg, vor allem was die Industrieanlagen betrifft, verschont blieb und in dem vor dem Krieg beinahe der schwedische Lebensstandard und Entwicklungsgrad erreicht waren. Binnen kurzer Zeit wurde die Wirtschaft ruiniert. Natürlich gab es innerhalb des tschechischen Volkes eine Opposition gegen das neue Regime, das man als aufgezwungen empfand. Um von Schwierigkeiten, die dem System immanent waren, abzulenken, wurde in den Jahren 1951 und 1952 nicht nur eine antizionistische, sondern auch eine antijüdische Kampagne entfacht. Man erklärte dem Volk, daß die Schwierigkeiten nur durch jüdische Sabotage entstanden seien. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Rudolf Slansky, der jüdischer Abstammung war, aber keinerlei Beziehungen zum Zionismus unterhielt, sowie andere führende Mitglieder von Partei und Regierung wurden verhaftet - von 14 Angeklagten waren 11 Juden - und beschuldigt, im Auftrag der CIA und des Zionismus eine Verschwörung gegen die Kommunistische Regierung und das Volk geplant zu haben. Die meisten wurden hingerichtet. Schimon Orenstein, der damals als offizieller Vertreter einer israelischen Handelsmission in der Tschechoslowakei weilte, wurde im Zuge der Prozesse verhaftet und für mehrere Jahre inhaftiert. Die beiden Bücher, die er darüber verfaßte, enthalten viele Hintergrundinformationen und beschreiben auch seine persönlichen Empfindungen. Er betont den eindeutigen antisemitischen Charakter der Slansky-Prozesse. Die neue kommunistische Regierung reaktivierte, ja schürte sogar antijüdische Ressentiments, um zwischen sich und dem Volk eine "positive Identität" herzustellen. Das Volk wollte im Grunde eine Beteiligung am Marshall-Plan, es hatte eine positive Einstellung zur Marktwirtschaft und ebenso zu Amerika. Um all diesem entgegenzuwirken, wurde das amerikanische System mit Zionismus und Judentum gleichgesetzt, der Kapitalismus mit negativen Merkmalen belegt, die eindeutig jüdischen Charakter tragen sollten - und wurde so als tödliche Gefahr für den nationalen Fortbestand des Volkes und seiner kulturellen Identität dargestellt. Antisemitismus und Antizionismus wurden politisch instrumentalisiert, um gleichzeitig die Hinwendung zur arabischen Welt zu untermauern. Man erklärte arabischen Gesprächspartnern, die die Waffenlieferungen an Israel im Jahre 1948 nicht vergessen hatten, daß man selber ein Opfer zionistischer Ver-

schwörung geworden war und bot quasi als Ausgleich und Entschädigung nun den Arabern Waffenkäufe an.

Der Prozeß gegen Slansky und die Mitangeklagten wurde ebenso wie die Linie aus Moskau von Ulbricht übernommen, dessen innerer Überzeugung dies keinesfalls widersprach. Die SED hieß die verhängten Urteile ausdrücklich gut und betonte: "Von besonderer Bedeutung im Prozeß gegen die Slansky-Bande waren die Enthüllungen über die verbrecherischen Tätigkeiten der zionistischen Organisationen. Es wundert nicht, denn die "Zionistische Bewegung" hat nichts gemein mit Zielen der Humanität wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen der jüdischen Kapitalisten". Die Negation ist total. Der Zionismus wurde als nicht human befunden. Die Verhältnisse in der DDR waren anders geartet als in der Tschechoslowakei - in Partei und Regierung gab es nur wenige jüdische Funktionäre -, aber dennoch, die DDR fand ihren Slansky in Gestalt von Paul Merker, Mitglied des ZK, der während des Krieges als Westemigrant in Mexiko lebte, aber kein Jude war. Merker trat für eine Entschädigung für die Juden ein und verlangte auch eine objektivere Haltung gegenüber Israel. Er wurde als "König der Juden" verhöhnt, verhaftet und 1952 zu Zuchthaus verurteilt. Sicher spielten auch Machtkämpfe innerhalb der Führung der SED eine Rolle und ebenso der gerade einsetzende Kampf gegen die "Westimmigranten". Es ist aber bezeichnend, daß diese Westimmigranten stets verdächtigt wurden, mit den Juden und Zionisten zu konspirieren. Das hatte eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Juden zur Folge, Mielke ordnete sogar an, Personen, die "Halb-Juden" waren, zu überwachen. Die Machthaber sahen in den Wiedergutmachungsverträgen zwischen Israel und der BRD eine Verschwörung gegen die DDR. Sie lehnten die Rückerstattung jüdischen Eigentums, sowohl in Form von individuellen Entschädigungen und erst recht an den Staat Israel, vehement ab. Vielmehr setzt in der DDR, vor allem im Januar 1953, als die Ärzteverschwörung in Moskau bekanntgegeben wurde, eine antijüdische Kampagne ein. Und diese wurde immer bedrohlicher. Es setzte eine Fluchtwelle von DDR-Juden in die BRD, vor allem nach Westberlin, ein. Sogar der besonnene Heinz Galinski, der stets darauf bedacht war, alles zu unterlassen, was die Ostdeutschen provozieren könnte, sah sich veranlaßt, am 15. Januar 1953 die DDR-Juden aufzufordern, nach Westberlin zu flüchten. Es wird eingeschätzt, daß von den etwa 4000 Juden, die damals in der DDR lebten, ungefähr die Hälfte ihr Land verließen, um ihr Leben zu retten. Wie sich all dies mit dem Grundpfeiler der DDR, dem "Antifaschismus", vertrug, wird gleich zu analysieren sein; doch zunächst noch einige Bemerkungen zu dem spezifisch israelischen Aspekt.

In der Ära Chruschtschow wurden die innenpolitischen Folgen des Stalinismus zwar gemildert, aber - und das wurde bei einer Bewertung von Chruschtschows Wirken oft übersehen - der Kalte Krieg eskalierte. Es kam zur Berlin-Krise 1958, die Kuba-Krise entwickelte sich, und - es wurde die Mauer gebaut. Zudem entwickelte sich ein expansionistischer Drang im Nahen Osten, wobei "die israelische Aggression" als Grundlage, als Rechtfertigung hervorgehoben wurde. Durch massive Waffenlieferungen des Ostblocks an Abdul Nasser fühlte sich Israel bedroht und versuchte - zusammen mit England und Frankreich - während der Suez-Krise, im November 1956, Abdul Nasser zu stürzen, was jedoch mißlang. Die DDR sah sich in ihrer antiisraelischen Haltung bestätigt, und neben dem "Antifaschismus" wurden auch der "Antiimperialismus" und die "Friedenspolitik" als neues Fundament der Selbsteinschätzung und Wertung dem anderen hinzugefügt. Daß der Sinai-Feldzug - vor allem das Zusammengehen mit England und Frankreich - ein Fehler war, das erkennen heute die Israeli selbst voll und ganz an. Der ehemalige Militärsekretär von Mosche Dayan, Morale Bar On, der 1956 an der Vorbereitung des Sinai-Feldzuges beteiligt war, legt diese verhängnisvolle Entscheidung in zwei Bänden, die er in den letzten Jahren veröffentlichte, dar. Dies ist ein lohnendes Beispiel für die Frage, wo die legitime Kritik an Israel endet und wo der latente, oft nicht eingestandene Antisemitismus beginnt. Es kommt darauf an, in welchem Zusammenhang die Kritik an Israel geäußert wird und welche Bestrebungen dieser Kritik zugrunde liegen. Die "antiimperialistische Sicht" der DDR war sehr selektiv. In jenen Tagen, ja in jenen Stunden, als die Israelis zusammen mit den Briten und Franzosen versuchten, Nasser zu stürzen, was die DDR empörte, wälzten die sowjetischen Panzer den Ungarn-Aufstand nieder. Aber das wurde nicht als Imperialismus gesehen, sondern als Erfüllung einer "internationalistischen Pflicht" gepriesen. Die SED nahm auch nicht zur Kenntnis, daß es letztlich die Amerikaner waren, die die Israelis zur Räumung des Sinai zwangen und somit auch das politische Überleben Nassers ermöglichten.

Die Jahre vergingen. Die DDR wurde zur zweitwichtigsten - vor allem, was die Waffenproduktion anging - Industrienation des Ostblocks. Jetzt ging es nicht mehr nur darum, welchen Standpunkt dieses Land zu diesen oder jenen Vorgängen in Israel einnimmt. Die DDR war, und zwar in einer nicht zu unterschätzenden Weise, bereit zu handeln. Sie begann - auch im Auftrag des Ostblocks -, die arabischen Länder Ägypten und Syrien vor allem mit Waffen zu beliefern. Ein paar Monate nachdem

Chruschtschow Ägypten besucht hatte - genau zwischen dem 24. Februar und dem 3. März 1965 -, machte sich Walter Ulbricht auf den Weg zu Nasser. Es war übrigens sein erster Staatsbesuch außerhalb des Ostblocks. Aus seinen Äußerungen ging hervor - und Nasser hörte dies gern -, daß er die bloße Existenz des Staates Israel - damals wohlgerne ohne die besetzten Gebiete - für illegitim hielt. Im März 1965 gab die Bundesrepublik die diplomatische Anerkennung Israels bekannt, was zur Folge hatte, daß die arabischen Länder ihre Beziehungen zu Bonn abbrachen. Dem Ostblock - und besonders Walter Ulbricht - kam dies sehr gelegen. Die Unterstützung, die der Ostblock den Arabern gewährte - sei sie moralischer, politischer aber vor allem waffentechnischer Natur -, führte dazu, daß sich diese siegesgewiß fühlten und nun planten, Israel zu schlagen. Im Juni 1967 kam es zum 6-Tage-Krieg, arabische Territorien wurden dabei erobert, das führte zu der Besetzung mit all ihren uns bekannten Folgen.

Ich halte Jossi Belin, der heute immerhin als Stellvertretender Außenminister seines Landes fungiert, in diesem Punkt für einen "geistigen Mentor" und Wegweiser. Belin kritisierte die Besetzung, das Festhalten an den Territorien, er war und ist stets besorgt über die moralische Verwerflichkeit, die dies alles mit sich bringt. Er forderte die Räumung dieser Gebiete. Viele Israeli denken wie er. Aber das Problem muß in seiner Gesamtheit gesehen werden. Das Problem waren damals nicht die besetzten Gebiete, die Israel vor dem 6. Juni 1967 nicht hatte, sondern das Problem war damals die grundsätzliche arabische Weigerung, Israels Existenz anzuerkennen. In dieser letztendlich für die Araber selbst verhängnisvollen Haltung wurden sie bestätigt und ermutigt durch die Sowjetunion und innerhalb des Ostblocks vor allem durch die DDR. Nirgends - und es wäre für die Sprachwissenschaftler sicherlich ein lohnendes Untersuchungsobjekt - war die Propaganda gegen Israel giftiger, ablehnender, ja vernichtender - in der Intension - als in der DDR. Daß dieses Land nicht in der Lage war, Israel zu vernichten, ist eine glückliche Fügung. Die Propaganda war schauderhaft. Gleich nach dem 6-Tage-Krieg war ein Gedicht von Rudi Riff in der DDR sehr populär.

O Israel, Du hast das Schwert geschliffen
Und deine Söhne Raub und Mord gelehrt
Und dreist von fremdem Land Besitz ergriffen
Und fremde Taschen wie ein Dieb geleert.

Du hast den Frieden frech ans Kreuz geschlagen
Treibst täglich neue Nägel in sein Fleisch
Und eine Dornenkrone muß er tragen.

Der Friede wird hier als Jesu dargestellt und die Israeli als die neuen Juden, als die Nachkommen derjenigen, die damals "kreuzigen, kreuzigen" schrien. Erneut schlagen diese neuen-alten Israeliten den Frieden ans Kreuz, treiben täglich neue Nägel in sein Fleisch. An die Israeli sich wendend, bemerkt Rudi Riff weiter:

Kein Jehova wird Dich erretten
Vor der Vergeltung strengem Richterspruch.

Ebenso wie der Antifaschismus der DDR - wir kommen darauf noch zu sprechen - sehr selektiver Natur war, so war es auch das Friedensverständnis dieses Landes. Die SED maßte sich an zu entscheiden, wer friedliebend war und wer nicht. Es begannen gerade nach dem 6-Tage-Krieg die massiven Unterstützungen für die Araber, nicht nur durch Waffenlieferungen, sondern auch durch Gewährung von Infrastruktur und anderer Hilfe an die Terroristen. Die DDR machte sich durch die Waffenlieferungen und die Ausbildung der Terroristen innerhalb des Ostblocks einen Namen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, auf wessen Kosten dies geschah. Das Bedenkliche daran war, daß all dies nicht nur im Auftrage der Sowjetunion geschah, sondern hier manifestierte sich in erstaunlicher Weise jener Spielraum, den sich die DDR innerhalb des Ostblocks erworben hatte. Der ehemalige israelische Botschafter in Bonn, Jochanan Maroz, hob in seinen Erinnerungen diesen Aspekt hervor. In der Vehemenz, mit der sich die DDR gegen den Staat der Juden stellte, nahm sie eine Sonderstellung innerhalb des Ostblocks ein.

Einige Veröffentlichungen der DDR über Israel sind im nachhinein interessant zu lesen - so Martin Robbes Buch "Scheidewege in Nahost", das 1982 im Militärverlag der DDR erschien. Scheinbar ist Israel für die DDR stets nur ein Militärproblem gewesen. Robbes kritisiert Julius H. Schoeps, weil es nach dessen Meinung im Nahost-Konflikt nicht nur um Israel geht, sondern um die Judenfrage überhaupt. Zwar sieht Schoeps das Problem differenzierter und erkennt auch, daß es im Zionismus nationalistische und expansionistische Tendenzen geben kann, dennoch ist er einem Grundfehler erlegen.

Für Schoeps entstand der Jüdische Staat nicht auf Grund imperialistischer Interessen, sondern weil die Juden durch die Feindseligkeit der Wirtsvölker gezwungen waren, sich einen eigenen Staat zu errichten. Schoeps - klagt Martin Robbe - befürworte den Fortbestand des Staates Israel als einen Nationalstaat der Juden. Die beschämende UNO-Resolution vom November 1975, die den Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, wird von ihm - auch fünf Jahre danach noch - gutgeheißen. Als Sadat 1977/1978 das Vernünftigste tat, was er tun konnte - und erst heute erkennen die anderen arabischen Führer an, wie weitsichtig das war -, nämlich Frieden mit Israel zu vereinbaren, nahm dies Robbe zum Anlaß, um darüber zu höhnen und die ägyptische Kapitulation zu beklagen. Inwiefern hat Sadat, der einen Frieden mit Israel vereinbarte, die Halbinsel Sinai zurückbekam und in die Lage versetzt wurde, alle Energien seines Landes in die Lösung innerer Probleme zu investieren, kapituliert? Sicherlich, nach dem selektiven Friedensverständnis der DDR kam dies einer Kapitulation gleich. Was Friedenspolitik ist, bestimmen nur wir! Und er zitiert auch denjenigen, der berufen ist, darüber zu entscheiden, nämlich Leonid Breschnew - derjenige, der 1968 in die Tschechoslowakei einmarschieren ließ - die DDR war damals "in Erfüllung ihrer internationalen Pflicht" dabei. Breschnew, der 1979 Afghanistan besetzen ließ, derselbe Breschnew, der 1981 einen Angriffskrieg gegen Polen plante und dabei Erich Honecker und seinen Staat in diese Pläne einweihte und auf dessen Mitwirkung zählte. Breschnew lehnte die Vereinbarung von Camp David ab, und "voll und ganz" pflicht ihm Martin Robbe bei, daß diese Vereinbarung, die den Frieden zwischen Israel und Ägypten einleitete, doch keine Friedenspolitik sei.

Nicht anders Arne Jörgensen in dem bereits erwähnten Buch, in dem er über die israelische Wirtschaft folgendes feststellt:

"Andererseits erwirbt man den Profit zum bedeutenden und weiter wachsenden Teil durch den militärischen industriellen Komplex. Insbesondere verleiht die enge Verflechtung des Staates und gewerkschaftsmonopolistischen Eigentums mit diesem Komplex dem Kapitalismus in Israel Züge eines äußerst reaktionären, staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus. Parasitäres, auf Geldspekulation schmarotzendes Finanzkapital und militärische Produktion sind zum Bestimmenden geworden."

Ich bin nicht qualifiziert, über die wirtschaftliche Effizienz und Produktivität der DDR-Wirtschaft zu urteilen. Einiges aber darf dennoch nicht unwidersprochen hingenommen werden. Es ist sicherlich bedauerlich, daß auch Israel zu einer waffenexportierenden Nation wurde und notgedrungen leider noch ist. Allerdings, diese Anklage aus dem Mund oder der Feder eines DDR-Autoren ist mehr als befremdend. Wenn es ein Gebiet gab, auf dem die DDR Erfolge nachzuweisen hatte, so war es die Waffenproduktion. Die DDR hatte auch wenig Scheu, ihre Produkte in aller Welt zu preisen und sie vor allem an die Araber zu verkaufen, wohl wissend, wen diese Waffen zuallererst treffen würden. Auch die ganze Häme des Verfassers über den Hunger der Israelis nach Dollar ist unpassend. Sicherlich bedurfte und bedarf Israel der harten Valuta. Mir ist nicht bekannt, daß in "dem Staat der Schieber", wie Israel von der DDR oft genannt wurde, Dollars gedruckt wurden. Aber, wenn es um das Ergattern harter Valuta ging, so war gerade die SED so "flink wie die Windhunde". Was wurde in der DDR nicht alles getan, um diese zu bekommen! Bürger wurden genötigt, ihre Antiquitäten an den Staat zu veräußern, Häftlinge wurden verkauft, Passierscheine nur für Devisen erteilt usw. Problematisch wie die israelische Wirtschaft auch ist - vergriffen hat sich der Autor in diesem Punkt, wie in seiner Gesamtdarstellung, allemal.

In bezug auf Israel ist sich die DDR bis zum Schluß im negativen Sinne treu geblieben. Doch zeigen Veröffentlichungen von Professor Michael Wolffsohn und von dem bekannten israelischen Historiker und Publizist, Tom Segev, daß es noch eine andere Seite gab. Um ihren Fortbestand zu sichern, scheute gerade die SED nicht davor zurück, sowohl die jüdische als auch die israelische Karte zu spielen. In Israel regierte 1989/1990 die Rechte Partei von Schamir. Ein Teil der Kritik, die nicht nur von kommunistischen Ländern, sondern auch von Amerika, ja weltweit, über die Unnachgiebigkeit, den Chauvinismus der israelischen Politik geäußert wurde, ist - bezogen auf die Regierung von Schamir - nicht von der Hand zu weisen. Schamir und seine Likud-Partei - im deutlichen Gegensatz zu der Arbeiterpartei - haben ein tiefverwurzeltes antideutsches Ressentiment. Es handelt sich nicht um BRD/DDR, sondern um eben dieses tiefverwurzelte, antideutsche Ressentiment, das diese Partei pflegt. In der Tiefe seines Herzens wollte Schamir die deutsche Einheit nicht, ohne daß er in der Lage war, sie zu verhindern. Ausgerechnet mit dieser Regierung und diesen Politikern versuchte die SED eine gemeinsame Sprache zu finden. Sie wollte sich das antideutsche Ressentiment Schamirs zu Nutzen machen und behauptete, daß ein vereintes Deutschland zu einer Gefahr für das jüdische Volk werden könnte. Schamir hat sich auch in diesem Sinne geäußert. Die SED hoffte, daß Schamir mit all seiner Autorität als Jude und Regierungschef des Staates Israel die DDR anerkennen und eine Politik einleiten würde, die vielleicht in allerletzter Minute die Einheit verhindern könnte.

Es ist nicht lange her, daß Arafath zusammen mit Rabin und Peres den Friedensnobelpreis erhielten. Es gibt eine Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern. Mittlerweile haben alle Kommentatoren aufgehört nachzuzählen, wie oft sich Rabin, Peres und Arafath schon getroffen haben. Es ist zur Gewohnheit geworden. Das mag verwirren, gerade im Zusammenhang mit den über die DDR geäußerten Gedanken. Sollten wir nicht postum Honecker zustimmen und Mielke preisen, weil diese schon seit den 60er Jahren Arafath unterstützt haben? War all dies, was sie artikulierten, doch mit Weitsicht behaftet und ist somit nicht die Entwicklung in den letzten Jahren so etwas wie eine "postume" Bestätigung der "Friedenspolitik" der DDR?

Das Gegenteil ist der Fall. Erst nachdem der Kalte Krieg überwunden war und die DDR ein Teil der BRD wurde, erst als Begriffe wie Demokratie, Völkerrecht und Frieden ihre wahren Inhalte und Bedeutung erhielten, konnte es überhaupt zum ersehnten Frieden kommen - einen Frieden, der nicht vom Geist Breshnews, sondern vom Geist Jimmi Carters und vor allem Bill Clintons bestimmt wird. Sowohl Arafath als auch die anderen arabischen Staaten wissen, daß ihnen heute das aggressive Potential des Ostblocks nicht mehr zur Verfügung steht. Statt antiisraelischer Hetze, die sie in ihrer ablehnenden, unrealistischen Haltung nur bestärkte, bekommen sie heute andere Stimmen zu hören. Andere globale und regionale Faktoren kommen hinzu. All das fördert die Verständigung zwischen den Israelis und den Arabern und trägt zum Frieden bei. Es ist noch lange nicht soweit, aber der Weg dorthin ist vorgezeichnet. Wenn man der DDR in diesem Geflecht der Beziehungen zwischen Juden und Arabern irgendeinen Friedensdienst zubilligen kann, so ist es dieser, daß die DDR auf halbwegs harmonische Weise ein Teil der Bundesrepublik geworden ist.

Bis jetzt war von dem Verhältnis DDR-Israel die Rede, aber es gab noch einen anderen Aspekt, den man nicht davon trennen kann - die Haltung der DDR zu den Juden. Diese zu untersuchen ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, daß der Grundpfeiler der Staatsideologie der Antifaschismus war.

Antifaschismus ist sicherlich eine lobenswerte Grundhaltung, vorausgesetzt, daß man diesen Begriff mit den zu ihm zugehörigen Kategorien und Inhalten versteht. Wie ein Fluch kam Hitler über dieses Land, über dieses Volk und riß alles, vor allem die Juden, mit in den Abgrund. Der Nationalsozialismus und der Faschismus wollten allerlei, aber vor allem - hier verweise ich auf Professor Jäckels grundlegendes Buch über Hitlers Weltanschauung - war der Nationalsozialismus seinem Wesen nach antijüdisch und antisemitisch. Der Antisemitismus des Nationalsozialismus war vehementer, tiefer verwurzelt, wesentlicher als der Antikommunismus dieser Bewegung. Natürlich gab es auch einen antidemokratischen Impetus, und es gab auch bei den Nationalsozialisten imperialistische Bestrebungen, weil hier Herrschaftsansprüche gegen andere Völker manifestiert wurden. Der Imperialismus der Nazis richtete sich im Grunde fast gegen jeden Nachbarn Deutschlands, aber letztendlich scheiterte er an dem Versuch, Rußland zu erobern.

So wundert es doch, daß es gerade der DDR schwerfiel, ausgerechnet die ersten und absoluten Opfer des Faschismus - die Juden - als solche anzuerkennen, und es verwundern ebenso ihre Schwierigkeiten in der Bewertung des Antisemitismus. Hier manifestierte sich eine gewisse Kontinuität bei den Kommunisten, die schon seit Anfang des Jahrhunderts stets gegen den Antisemitismus eingestellt waren - und doch oft damit liebäugelten. Dies geschah mit dem Hintergedanken, daß der Antisemitismus der Revolution dienlich sein könnte. Als in Rußland 1903-1905 Pogrome gegen die Juden stattfanden, wurden diese von den Revolutionären abgelehnt. Sie brandmarkten diese Ausschreitungen als reaktionär und primitiv, und doch meinten sie - was für viele jüdische Revolutionäre schockierend war -, daß diese antisemitischen Ausschreitungen die Initialzündung für eine Revolution sein könnten, gewollt oder ungewollt. Die Ablehnung des Antisemitismus war also differenzierter. Dort, wo jüdisches Blut als Öl auf die Räder der Revolution fließen sollte, gestand man dem Antisemitismus sogar eine progressive Funktion zu. "Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon ein Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß", rief Ruth Fischer von der KPD in der Weimarer Zeit bei einer Versammlung mit nationalen Studenten. Sie fügte voller Elan hinzu: "Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laternen, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes und Klöcknern?" Das heißt - der Antisemitismus, den Ruth Fischer und die KPD in seiner religiösen oder rassistischen Form natürlich ablehnten, konnte auch revolutionäre Dynamik enthalten. Zunächst nur gegen die Juden und jüdischen Kapitalisten, um dann gegen das Kapital als solches zu agieren. An dem Schicksal der Juden hatte Ruth Fischer, und das war damals die Linie, wenig Interesse.

Die Kontinuität - unter veränderten Umständen - und der Zwiespalt bei der Bewertung des Antifaschismus und Antisemitismus setzten sich in der SED fort. Kämpfer gegen den Faschismus waren nur

die Kommunisten - die Juden wurden sogar kaum als Opfer des Faschismus wahrgenommen, höchstens als zufällige Opfer, oder wie es in einer Richtlinie heißt, "passive Opfer der NS-Kampfführung". Den Juden wurde verdeutlicht, daß, wenn Hitler nicht so vehement gegen sie eingestellt gewesen wäre, sie liebend gern mit ihm gemeinsame Sache gemacht hätten. Die Verlogenheit von Seiten der Kommunisten, die sich in diesem Argument manifestiert, ist unerträglich. Gerade die Kommunisten verstanden es sehr wohl, mit den Nazis zu kooperieren, solange der Nazismus nur antiwestlich, antidemokratisch und antisemitisch eingestellt war. Zwischen September 1939 und Juli 1941 - Hitler führte bereits Krieg gegen Polen, England und Frankreich - hat Stalin in aller Ruhe halb Polen, Teile der Bukowina, Bessarabien und die Baltischen Staaten annektiert. Molotow kam nach Berlin und versuchte eine weitere Teilung zu vereinbaren. England brach nicht zusammen, Amerika trat in den Krieg ein, und Hitler griff die Sowjetunion an. Erst dann setzte in Europa der Widerstand der Kommunisten ein - ein Widerstand, den wir alle respektieren. Ohne jeden Zweifel. Gleichwohl, es kann nicht hingenommen werden, daß die Juden als nur zufällige Opfer, als passive Opfer der NS-Kampfführung betrachtet werden. Sie waren die bewußten Opfer, gegen sie zuallererst richtete sich die Mordmaschinerie der Nationalsozialisten. Paul Merker, der schon im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozeß erwähnt wurde, spürte diesen Widerspruch und schrieb, als er bereits inhaftiert war - alles nachzulesen in dem Aufsatz von Jeffry Herf in der ZEIT vom 7. Oktober 1994 -, unter anderem wie folgt: "Ich bin weder ein Jude noch Zionist. Ein Verbrechen wäre wohl keines von beiden. Ich hatte nie die Absicht, nach Palästina zu fliehen, ich habe lediglich die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß, nachdem die Juden durch den Hitlerfaschismus ausgeplündert, auf das tiefste beleidigt, aus ihren Heimatländern vertrieben und Millionen von ihnen, nur weil sie Juden waren, ermordet worden sind, daß zwischen den Juden der verschiedenen Länder das Gefühl engster Verbundenheit und das Sehnen nach einem eigenen jüdischen Land entstanden ist...,daß besonders wir Deutschen, da sich der Hitlerfaschismus unter uns herausgebildet hat und es uns nicht gelungen ist, durch Aktionen der werktätigen Massen die Errichtung seiner Herrschaft und damit seine Verbrechen zu verhindern, dieses Gefühl der Juden, das der Ausdruck der aufs tiefste Beleidigten und Empörten war, und das ich als Stärkung des jüdischen Nationalgefühls bezeichne, nicht ignorieren oder gar bekämpfen dürfen".

Goldene, richtige Worte - geschrieben im Kerker, in Aufregung und dabei den Grundfehler der DDR ansprechend. Dieses Land oder genau die SED hat die eigentlichen Opfer nicht zur Kenntnis genommen und war auch anderweitig in seiner Wahrnehmung selektiv. Man hat das Wesen des Faschismus nicht begriffen und versuchte, dies nur als ein Phänomen der westlichen kapitalistischen Welt zu sehen. Die logische Folge war, daß sogar England, Frankreich, Amerika, Israel, ja jedes Land, das soziale Marktwirtschaft und Bürgertum aufzuweisen hatte, entweder als bereits faschistisch oder als für die Zukunft gefährdet apostrophiert wurde. Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten fehlte es der DDR nicht nur an demokratischer Legitimation - die besaßen die anderen auch nicht -, sondern auch an nationaler Legitimation. Deutschland war geteilt, und es entstand der Wunsch nach Einheit. Der Faschismus war seinem Wesen nach nicht national gewesen, sondern stets imperialistisch. Alle faschistischen Staaten und Bewegungen konstruierten Herrschaftsansprüche gegen andere Völker. Die Italiener bezogen auf den gesamten Nahost- und Mittelmeer-Raum, die ungarischen Faschisten über die Donau-Völker, die polnischen Faschisten, die es auch gab, über die Ukraine und Litauen. Die-se Herrschaftsansprüche konnten nicht immer durchgesetzt werden, aber das ist im Moment unerheblich. Dies jedenfalls - die Herrschaftsansprüche gegen andere - ist eines der wesentlichen Merkmale des Faschismus. Der Wunsch nach der deutschen Einheit war niemals faschistisch. Weil die SED keine nationale Legitimation besaß, versuchte sie diesen legitimen Wunsch des Volkes als "faschistisch" zu diffamieren, ja sie erklärte sogar die Mauer zu einem "antifaschistischen Schutzwall". Auf diese Weise mißbrauchte man den Antifaschismus, dessen wahre Inhalte andere sind. Demokratie, geheime Wahlen, Parlamentarismus, Pressefreiheit, Antitotalitarismus und vor allem das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ja, gerade der aufgeklärte Nationalismus kann der beste Weg sein, um den Ungeist des Faschismus zu überwinden. So gesehen waren viele andere Länder der Welt, und vor allem die BRD, ihrem Wesen nach antifaschistisch, auch wenn sie nicht ständig darüber reflektierten, denn dies hatten sie nicht nötig. Die SED war in ihrer antiimperialistischen Sicht sehr selektiv, und sie war ebenso in ihrem Antifaschismus sehr selektiv. Daß darin die Hauptopfer - die Juden - nicht vorkamen, nicht als solche wahrgenommen wurden, weil sie in dieses zurechtgezimmerte "antifaschistische" Weltbild und Verständnis nicht hineinpaßten, wundert nicht. Die SED tat auch nichts, um den Juden, den real existierenden Juden in ihrem Land, entgegenzukommen. Die Abstraktion genügte ihr. Der Historiker Olaf Groehler, hat in seinem vielbeachteten Artikel "Juden erkennen wir nicht an", in KON-KRET vom März 1993, u.a. folgendes angeführt:

"Wie gering in den fünfziger Jahren die Chancen der Jüdischen Gemeinden in der DDR gewesen sind, wenigstens ihr Kulturgut zu wahren, wie allgemeine Gleichgültigkeit und Ignoranz auch in den Mittelinstanzen von politischer und staatlicher Führung waren, sei an einem einzigen Beispiel de-

monstriert - Dessau". Diese Stadt war im 18. und 19. Jahrhundert eines der Zentren des deutschen Judentums in Mitteldeutschland gewesen. Die SED knüpfte nicht daran an, eher das Gegenteil, man tat alles, um die Spuren jüdischen Lebens zu verwischen. Das Geburtshaus Moses Mendelssohns wurde 1952 abgerissen, 1957 entfernte man von dort eine Gedenktafel, der jüdische Friedhof in Dessau wurde eingeebnet und planiert, die als überflüssig gewerteten Grabsteine verwandte man zur Befestigung der Uferterrassen in einer Badeanstalt am Kühnauer See. Olaf Groehler fährt fort: "Als 1963 - im Zeichen des 750. Jahrestages der Stadt Dessau - der Stadtarchivar, Hans Harksen, vorschlug, eine Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge einzurichten und im noch vorhandenen Kantorhaus ein Museum zur Geschichte der Juden in Anhalt einzurichten, wies die Kreisleitung der SED dieses Anliegen bzw. Vorhaben energisch zurück."

Auch Konrad Weiss machte seine Erfahrungen. Er legte in einem Band, der mehrere Aufsätze zu den deutsch-israelischen Beziehungen enthält, seine Schwierigkeiten, ein Kulturprojekt über das Judentum zu verwirklichen, dar. Er spürte die Gleichgültigkeit, ja Verachtung seitens der Machthaber jüdischem Anliegen gegenüber. "Damals begriff ich, daß der Antizionismus der Realsozialisten in Wahrheit Antisemitismus war. Und schlimmer noch. Ich mußte erkennen, daß sich die DDR durch ihr Schweigen über alles Jüdische und durch den Haß gegen Israel zum Vollender des Holocaust machte. Ein jüdisches Volk, einen jüdischen Staat, jüdische Tradition und Kultur, jüdisches Leben, sollte es nach dem Willen der Realsozialisten nicht geben. Ein paar Hundert wehrloser Juden in den aussterbenden Gemeinden wurden geduldet, als Alibi, als Vorzeigejuden, ohne wirkliche Autonomie".

Verlogenheit, Heuchelei, Anmaßung, Berechenbarkeit, die jeder menschlichen Empfindung Hohn sprechen - das kennzeichnete das Verhältnis DDR/Israel und das Judentum. Zum Glück ist diese Berechenbarkeit nicht zum eigentlichen Zuge gekommen. Die Mauer fiel. Die Hinterlassenschaften und Trümmer, im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, auch im Denken und Fühlen der Menschen, sind noch lange nicht beiseite geräumt. Das bezieht sich auf mehrere Lebensbereiche und unter anderem auch im Zusammenhang mit Israel. Aber die Bereitschaft, all das zu überwinden, zu bewältigen, ist vor allem bei der jungen Generation vorhanden, und das läßt hoffen.

Literatur:

Erich Burgauer - "Zwischen Erinnerung und Verdrängung - Juden in Deutschland nach 1945" - Hamburg 1993. Dort vor allem der dritte Teil.

Inge Deutschkron - "Israel und die Deutschen", Köln 1970.

Sehr hilfreich war der von Prof. Julius H. Schoeps - unter Mitwirkung von Siegfried Theodor Arndt, Helmuth Eschwege, Peter Honigmann und Lothar Mertens - herausgegebene Band "Juden in der DDR, Geschichten, Probleme, Perspektiven", Duisburg 1988.

Lesenswert ist auch der Beitrag von Willi Jaspers über die Juden in der DDR in dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Heft "Deutsche Juden - Juden in Deutschland", 1991.

Die beiden DDR-Bücher über Israel sind:

Martin Robbe, "Scheidewege in Nahost", Militärverlag Berlin 1982 und Arne Jörgensen, "Israel intern", ebenfalls Militärverlag Berlin 1989.

Sehr zu empfehlen ist auch "Deutschland und Israel, Solidarität in der Bewährung", Gerlingen 1992, von Ralph Giordano.

Das Gedicht von Rudi Riff, sowie das Zitat von Konrad Weiss sind aus diesem Buch entnommen.

Der Autor

Dr. Nachum Orland wurde 1942 in Israel geboren. Er ist als Privatdozent an der Freien Universität Berlin tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen zu zionistischen und deutsch-israelischen Themen liegen von ihm vor. Sein letztes Buch "Cherut-Gachal-Likud 1965-1977 - Begins Weg zur Macht" ist 1994 im Peter Lang Verlag erschienen.

Erschienen in:

VIA REGIA – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 21/22 1995, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>